

Hartwig Heine

Berlusconi, eine „historische Notwendigkeit“?

– eine Erwiderung auf Ernesto Galli della Loggia –

(Zum Essay „Vakuum und Phänomen: Populist Berlusconi – Phönix aus der Asche eines politischen Systems“ in Heft 87 von Lettre International, Winter 09)

„Die Geschichte Italiens hat uns gezwungen, auf eine Person zurückzugreifen, die eine absolute Anomalität darstellte – und noch immer darstellt -, um endlich zur Normalität zurückzufinden.“

(Ernesto Galli della Loggia, „Vakuum und Phänomen“)

Ernesto Galli della Loggia ist ein renommierter italienischer Historiker und laut Wikipedia (Italien) ein „nationalpatriotischer Liberaldemokrat“. Vor kurzem veröffentlichte Lettre International seinen Essay „Vakuum und Phänomen“. Das „Vakuum“ im Titel meint die politische Situation von 1993/94, als die Aktion der Mailänder Staatsanwälte (der „Mani pulite“) ein politisches Erdbeben auslöste. Mit „Phänomen“ ist Berlusconi gemeint, der wie „Phönix aus der Asche“ (so der Untertitel) aus den Trümmern aufstieg und seine politische Karriere begann. Der Essay charakterisiert die politische Nachkriegsgeschichte Italiens als Geschichte von „Anomalien“, und entwickelt vor diesem Hintergrund die provozierende These, dass Berlusconi für Italien eine objektive Notwendigkeit sei.

Ich werde versuchen, in erster Linie seine Argumente für diese These abzuwägen und nicht die dahinter stehende Gesinnung. Allerdings mit der Anfrage, inwieweit sie dazu taugen, sich gegenüber der gegenwärtigen Entwicklung Italiens zu orientieren.

Ich schicke voraus, dass diejenigen Passagen seines Essays, welche die Nachkriegsgeschichte Italiens skizzieren, für den deutschen Leser durchaus erhellend sind. Die wichtigste „Anomalie“ dieser fünf Jahrzehnte war die ununterbrochene Vorherrschaft der Democrazia Cristiana (DC), ohne demokratischen Wechsel und mit einer starken Kommunistischen Partei in Daueropposition. Da zudem, als Hinterlassenschaft des Faschismus, der Staat in Italien eine erheblich größere Rolle in der Wirtschaft spielte als anderswo, bildete sich der Nährboden für eine politische Korruption, die zum Synonym für die „italienischen Verhältnisse“ überhaupt wurde. Was Nostalgiker der KPI provozieren mag, ist Galli della Loggias gut dokumentierte Ergänzung, dass auch diese Partei, die sich als „sauber“ präsentierte, ihren Anteil an der Verlotterung der Sitten hatte. Und zwar einerseits durch verdeckte Geldzuweisungen aus der SU, andererseits durch ihre Kollaboration beim Unterlaufen der gesetzlichen Vorschriften für die Parteienfinanzierung. Die jahrzehntelange All-Parteien-Komplizität im Fälschen von Parteibilanzen krönte eine Generalamnestie, die das italienische Parlament 1989 einstimmig (!) beschloss. Über alles, was bis dahin in Sachen Parteienfinanzierung geschehen war, breitete sie den Mantel des Schweigens.

Der Essay wird jedoch fragwürdig, wo Galli della Loggia aus der Rolle des rückschauenden Historikers heraustritt und sich der jüngeren Gegenwart zuwendet. Und entdeckt, dass der politische Aufstieg Berlusconis für die italienische Demokratie notwendig war.

Er begründet dies im Wesentlichen so:

1. habe es in der ersten Hälfte der 90er Jahre in Italien ein politisches „Vakuum“ gegeben, und es sei Berlusconis historisches Verdienst gewesen, durch Gründung einer neuen Sammlungsbewegung eine drohende linke Machtübernahme zu verhindern und eine auf Dauer konkurrenzfähige Formation der Rechten zu schaffen.
2. habe Berlusconi durchaus fragwürdige Eigenschaften, die ihn zu einer politischen „Anomalie“ machen. Aber für die objektive Rolle, die Berlusconi in Italien spiele, sei sie zweitrangig, in mancherlei Hinsicht sogar notwendig.
3. habe Berlusconi mit seiner Behauptung, er sei ein politisches Opfer der „Mani pulite“, in gewisser Weise Recht.
4. Alles in allem sei die „Anomalie“ Berlusconi ein Phänomen des Übergangs, die Italien aufgezwungen sei, „um zur Normalität zurückzufinden“.

Ich meine, dass Galli della Loggia die Bedeutung von Berlusconis „Anomalie“ systematisch unterschätzt. Und dass die Richtung, in der sich Italien gegenwärtig entwickelt, nicht „Normalität“ ist, sondern ein neues autoritäres Regime.

1) Berlusconis „Verdienst“: eine neue Rechte

Galli della Loggias Untersuchung der Nachkriegsgeschichte Italiens konzentriert sich auf das Jahr 1994, in dem es Neuwahlen gab und Berlusconi erstmals Ministerpräsident wurde. Es war die hohe Zeit der Mailänder Staatsanwälte, der „Mani pulite“, die sich die Auswüchse der politischen Korruption aufs Korn nahmen und vor allem im politischen Zentrum und auf der Rechten ein „Trümmerfeld“ hinterließen. Die DC löste sich im August 1993 auf, und ihr wichtigster Bündnispartner, die Sozialistische Partei, verschwand de facto von der Bildfläche. Da es damals zwischen den Parteien die Übereinkunft gab, die („neofaschistische“) MSI als eine nicht auf dem Boden der Verfassung stehende Partei in keine Regierungskoalition aufzunehmen, und die im Norden neu entstandene *Lega* ein noch unklares Profil zeigte, erwartete man den Wahlsieg einer Koalition, die von der PDS, der Nachfolgepartei der KPI, geführt wurde. Zwar war auch die KPI in den Sog des Zusammenbruchs der SU geraten, hatte ihren Namen gewechselt und bei der letzten Parlamentswahl 1992 nur noch 16 Prozent der Stimmen bekommen. Aber immerhin gab es sie noch, und sie schien (nach Galli della Loggia zu Unrecht) als einzige Partei frei vom allgemeinen Korruptionsverdacht zu sein. Allerdings übertreibt er, wenn er behauptet, dass die PDS in dieser Situation eine neue „Monopolstellung“ übernehmen konnte – es „drohte“ ein Wahlsieg, nicht mehr, nach fünf Jahrzehnten DC-Monopol -, aber es reflektiert die Weltuntergangsstimmung, die damals die Profiteure des vorherigen Regimes und das gesamte rechte Lager erfasst hatte.

Das war der Moment, in dem Berlusconi die politische Bühne betrat, und zwar mit einem Paukenschlag, der für Galli della Loggia Berlusconis historische Rolle in der italienischen Nachkriegsgeschichte ausmacht: Er schmiedete eine neue politische Rechte, indem er die *Lega* ins eigene Lager zog und den Bann gegen die Neofaschisten aufhob. Dies sei der strukturelle Grund, warum Berlusconi auch die Parlamentswahlen von 2001 und 2008 gewann: Er sei „noch immer der einzige politische Exponent, der fähig ist, ein

konkurrenzfähiges rechtes Lager auf die Beine zu stellen bzw. jene Bevölkerungsschichten anzusprechen, die gegen eine Linksregierung sind und höchstwahrscheinlich die Mehrheit der Wähler darstellen“. Das sei auch demokratietheoretisch ein „Verdienst“: Berlusconi habe dadurch verhindert, dass sich „im System der Repräsentanz“ für „viele Millionen Wähler“ ein Vakuum bilden konnte, und damit die Funktion übernommen, die die christdemokratischen Parteien in anderen Ländern Europas haben. Berlusconi sei der „Begründer des italienischen Zweiparteiensystems“, und somit „das Instrument, das sich Italien geboten hat, um endlich ein politisches System zu errichten, in dem ein Regierungswechsel bzw. das Ende des Machtmonopols möglich war“.

Es ist unbestreitbar, dass Berlusconi 1993/94 die italienische Rechte vereinte und zu einem Faktor der italienischen Politik machte. War das ein „Verdienst“ für die italienische Demokratie? Die Antwort hängt davon ab, welches Projekt diese Rechte verfolgt.

2) *Berlusconi, die „Anomalie“*

Was den Essay von Galli della Loggia für deutsche Leser lesenswert macht, ist die scheinbare Differenziertheit seines Urteils. Er gesteht zu, dass Berlusconi eine „absolute Anomalie“ sei – um im gleichen Atemzug hinzuzufügen, dass „die Geschichte Italiens uns gezwungen“ hat, „auf eine (solche) Person zurückzugreifen“. Die „Anomalie“ wird anerkannt, aber in das Urteil der historischen Notwendigkeit einbezogen.

Werfen wir also einen Blick auf die Eigenschaften, die Berlusconis „Anomalie“ ausmachen. Zunächst sein Reichtum und seine Medienmacht. Wenn sich soviel Medienmacht in einer Hand zusammenballt, wie derzeit in Italien, ist die Meinungsvielfalt in Gefahr – wenn aber der Besitzer einer solchen Medienmacht auch noch die Schaltzentrale der politischen Macht übernimmt, ist die demokratische Gewaltenteilung bedroht. Galli della Loggias karger Hinweis, dass Berlusconi sein Geld und seine Medienmacht brauche, um sein rechtes Lager zusammenzuhalten, wird diesem Problem nicht gerecht. Seine Bemerkung, dass Berlusconi Wahlen schon mal verloren habe, ist kein Trost. Berlusconi lernt aus seinen Niederlagen. Seit seinem letzten Wahlsieg versucht Berlusconi, die letzten Bastionen einer freien Presse – siehe „la Repubblica“ – auszuschalten. Und er hat auch ernstlich begonnen, das staatliche Fernsehen gleichzuschalten, die Direktoren wurden schon ausgetauscht. Berlusconi bereitet dem „Machtmonopol“ ein Ende? Vieles spricht dafür, dass hier ein neues entsteht.

Die zweite Eigenschaft, die Berlusconi zur politischen „Anomalie“ macht, ist sein persönliches Verhältnis zur Demokratie. Galli della Loggia gesteht zwar zu, dass es hier „Zweifel“ gebe, aber bezieht sie dann doch nur auf einige „folkloristische Aspekte“, die „im Ausland“ in den Vordergrund gerückt würden: Berlusconis „außergewöhnliche Missachtung von Formen und Regeln“ und „seine Tendenz, sein Amt auf extreme Weise zu personalisieren“. Das ist, milde ausgedrückt, eine Verharmlosung. Immer offener steuert Berlusconi einen *Presidenzialismo* an, der keine institutionellen Fesseln und Gegengewichte anerkennt, sondern seine Legitimation allein aus von oben inszenierten Plebisziten zieht. Seine Ideologen nennen dies eine „moderne Demokratie“. Entweder vertraut Galli della Loggia darauf, dass es hierzu schon irgendwie nicht kommen werde, oder er meint, dass ein solcher *Presidenzialismo* gar nicht so schlimm sei. Ich fürchte letzteres, denn am Ende seines Essays behauptet er, dass Berlusconi ja bislang „gar nicht so sehr auf autoritäre und repressive Mechanismen zurückgegriffen“ habe. Tatsächlich? Berlusconi attackiert die Unabhängigkeit der Justiz und stellt die Rolle des Staatspräsidenten als Verfassungsgaranten in Frage. Er

schaltet das Fernsehen gleich, in seinen Talkshows werden Oppositionspolitiker beleidigt und niedergebrüllt. Die italienischen Unternehmer fordert er auf, der „Repubblica“ und anderen kritischen Zeitungen die Anzeigen zu entziehen. In Norditalien drehen selbsternannte Bürgerwehren ihre Runden, es wird Jagd auf Rumänen, in Süditalien auf Afrikaner gemacht. Das Bündnis mit der Lega hat dem Rassismus die Weihe staatlicher Autorität verliehen. Und das sind keine „autoritären und repressiven Mechanismen“? Diese Behauptung erscheint in einem anderen Licht, wenn Galli della Loggia hinzusetzt, dass es solche Mechanismen „in Italien nicht einmal dann gegeben (hat), als wirklich ein autoritäres und repressives Regime an der Macht war“. Eine paradoxe Formulierung, die wohl besagen soll, dass auch der italienische Faschismus nur halb so schlimm war. Das meint ebenfalls Berlusconi. Es charakterisiert die gegenwärtige Auseinandersetzung in Italien, dass die Parteinahme für Berlusconi mit einem zunehmend milderem Urteil über den Faschismus einhergeht („Kalkulierte Tabubrüche“ von Aram Mattioli in der SZ vom 12. 1. 2010).

Das dritte Attribut von Berlusconis „Anomalie“ sind die Gründe seines Einstiegs in die Politik. Galli della Loggia sieht hier nur den „systemischen Grund“, den er ihm selbst zuweist: das Vakuum zu füllen, das durch die Auflösung der DC und die Annäherung ihrer Überreste ans Mitte-Links-Lager entstanden war. Aber sind nicht gerade im Fall Berlusconi die subjektiven Beweggründe genauso entscheidend? Auch unter den Anhängern von Berlusconi ist es ein offenes Geheimnis, dass er vor allem deshalb in die Politik ging, um sich und sein Wirtschaftsimperium vor den Staatsanwälten zu retten. Hierin liegt ein massives Problem für die Demokratie, welches den Namen „Interessenkonflikt“ trägt und sich im Fall Berlusconi bisher in einer nicht abreißenden Kette von Gesetzen „ad personam“ materialisiert.

Es gibt konkrete Hinweise, dass Berlusconi beim Aufbau seines Imperiums auch zu den Mitteln Veruntreuung, Bilanzfälschung, Zeugen- und Richterbestechung griff. Das rief die Staatsanwälte auf den Plan. Dass ein Mann mit einer solchen Vorgeschichte Regierungschef wird, ist das vierte Attribut seiner „Anomalie“ (und der „Anomalie“ Italiens). Galli della Loggia diskutiert es nicht einmal, obwohl es Berlusconi in einen Dauerkonflikt mit der Justiz bringt, der inzwischen das gesamte italienische Institutionengefüge erschüttert. Ist das uninteressant für das „System“?

3) Die „parteiische“ Justiz

Stattdessen diskutiert Galli della Loggia die Frage, ob die Staatsanwälte, die Berlusconi ins Visier nahmen, „parteiisch“ gewesen seien. Es ist genau das, was Berlusconi behauptet. Er habe sein Vermögen und sein Medienimperium durch Korruption und Richterbestechung erworben? Zur Sache muss er sich nicht äußern, denn man weiß ja, aus welcher Ecke die Anschuldigungen kommen. Die Staatsanwälte, die solche Behauptungen in die Welt setzen, seien „Linke“. Die „Linke“ wurde vom Volk abgewählt, nun sucht sie nur nach einem anderen Weg, um ihn, den vom Volk Gewählten, aus dem Amt zu „putschen“.

Galli della Loggia folgt ihm vorsichtig, gewissermaßen auf Zehenspitzen. Scheinbar neutral legt er zunächst dar, dass das Vorgehen der „Mani pulite“ in „weiten Teilen der öffentlichen Meinung“ (die er nicht weiter spezifiziert) als „parteiisch“ wahrgenommen worden sei. Aber der Anschein der Neutralität fällt, wenn er hinzusetzt: Dies gestatte es Berlusconi, seine Probleme mit der Justiz, „teilweise womöglich zutreffend“, als Aspekt eines politischen Konflikts darzustellen.

Hier geht es nicht nur um Vergangenes, sondern um die Deutungshoheit in einer Frage, deren Antwort vielleicht die Zukunft Italiens entscheidet. Irgendwie muss ja Berlusconi legitimieren, warum er die gegen ihn laufenden Prozesse um jeden Preis vermeiden, verhindern, verjähren lassen will und deshalb versucht, das ganze italienische Rechtssystem auf den Kopf zu stellen. Wenn es Berlusconi gelingt, seinem Volk einzuhämmern, dass die beteiligten Richter und Staatsanwälte „parteiisch“ sind, gibt das seinem Kampf gegen die Justiz, der inzwischen ein Kampf gegen das Verfassungsgericht und sogar gegen den Staatspräsidenten geworden ist (weil dieser die Unabhängigkeit beider Institutionen verteidigt), den Schein von Gerechtigkeit.

Aus heutiger Sicht können sicherlich einige Fragezeichen hinter die Aktion der „Mani pulite“ gesetzt werden. Galli della Loggia meint, der Versuch, den Sumpf der politischen Korruption mit Mitteln der Justiz auszutrocknen, sei von vornherein untauglich gewesen. Dadurch sei eine „strukturelle Schwäche“ des Landes als „gehäuftes Auftreten von Straftaten“ behandelt worden. Der Zweifel ließe sich weiter treiben: Das italienische Korruptionsproblem bestand (und besteht) nicht nur aus Politikern, die sich die eigene Tasche oder die Taschen ihrer Parteien mit öffentlichen Geldern füllen. Es wurzelt in einer Alltagskultur, die nicht gerade vom Verantwortungsbewusstsein für gemeinschaftliche und staatliche Angelegenheiten geprägt ist. Der Gedanke, dass es hier einer Art Kulturrevolution bedürfte, ist naheliegend – wie der Zweifel, ob sie von einer Handvoll Staatsanwälte in Gang zu setzen ist.

Aber deshalb sind die „Mani pulite“ nicht „parteiisch“ gewesen. Dass die Ermittlungsmethoden manchmal rabiat waren, indem etwa allzu häufig Untersuchungshaft angeordnet wurde, rechtfertigt vielleicht den Vorwurf des Jakobinertums, aber nicht der Parteilichkeit. Die anfänglichen Ermittlungen richteten sich auch gegen KPI-Funktionäre, und Di Pietro, der damalige Medienstar unter den Staatsanwälten, wurde Mitte der 90er Jahre von allen Seiten umworben, auch von Bossis „Lega“ und von Finis MSI. (Angeblich versuchte sogar Berlusconi - was er später allerdings bestritt -, ihn nach seinem Wahlsieg von 1994 als Innenminister ins Kabinett zu holen). Dass die „Mani pulite“ *objektiv* eine politische Rolle spielten, weil sie eine Partei hinwegfegten, die seit einem halben Jahrhundert an der Macht war, und nur die Opposition übrig blieb, ist zweifellos richtig. Aber in diesem Sinne handelt jeder Staatsanwalt, der seinen Job macht und ein Korruptionsverfahren gegen politisch Mächtige einleitet, „politisch“. Dass sich die damalige Nachfolgepartei der KPI den Wählern als einzig „saubere“ Partei empfahl (zu Unrecht, wie Galli della Loggia darlegt), war einer unter vielen Versuchen, die damalige Popularität der „Mani pulite“ politisch zu instrumentalisieren.

Aber nichts deutet darauf hin, dass die Staatsanwälte ihre Ermittlungsverfahren gegen Berlusconi einleiteten, weil sie ihn „politisch“ aus dem Weg räumen wollten. Die ihm vorgeworfenen Delikte sind Straftatbestände. Um nur ein Beispiel zu nehmen: Berlusconi bestach den Rechtsanwalt Mills mit 600 000 Dollars, damit dieser in verschiedenen Prozessen, in denen er als Zeuge vorgeladen war, sein Wissen über Berlusconis Geschäfte verschwieg. Mills, der Bestochene, wurde mit dieser Begründung inzwischen in zweiter Instanz zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Es ist nicht „parteiisch“, sondern unparteiisch, wenn jetzt die Staatsanwälte versuchen, das komplementäre Verfahren gegen Berlusconi, den Bestecher, zu Ende zu bringen.

4) Die Verheißung der „Normalität“

Ich resümiere: Galli della Loggia sieht Berlusconis Verdienst in erster Linie darin, dass er die Rechte einte, dies sei sogar ein Verdienst für die italienische Demokratie. Er erkennt an, dass Berlusconi auch fragwürdige Eigenschaften habe, aber soweit er sie überhaupt benennt, verharmlost er sie. Der Tenor seines Essays ist Beruhigung. Hin und wieder stelle die Demokratie eben auch „ein graues und bescheidenes Antlitz zur Schau“, das uns „aber keine Angst machen“ solle. Berlusconi entspreche „einer Phase der Unsicherheit, des Übergangs, ... einem Vakuum“, und man soll sich hier wohl ein beschwichtigendes „nur“ hinzudenken. Der Beruhigung dient auch der letzte Teilsatz seiner eingangs zitierten These, dass der Rückgriff auf Berlusconi für Italien eine historische Notwendigkeit sei: „um endlich zur Normalität zurückzufinden“.

Wenn unter „Normalität“ eine Demokratie in der europäischen Verfassungstradition gemeint ist – was der Leser hofft -, bleibt Galli della Loggia für eine derartige Zuversicht den Beweis schuldig. Der Geschichte wohnt keine immanente Teleologie zu irgendeiner „Normalität“ inne. Die konkrete Dynamik Italiens zeigt in eine andere Richtung: in Richtung auf ein autoritäres, plebiszitär legitimes Regime, das Verfassungsgarantien nicht mehr kennt. Der Motor dieses Prozesses ist ein reicher, mächtiger und charismatischer Mann, dessen „Anomalie“ darin besteht, dass er sich, seinen Reichtum und seine Macht nur retten kann, wenn er die bisherigen institutionellen Gleichgewichte aufhebt und die Unabhängigkeit der Justiz und Meinungsfreiheit einschränkt. Er hat die dazu nötigen Mittel, denn er verfügt nicht nur über eine unter seiner Führung vereinte Rechtskoalition, die ihm (überwiegend) folgt, sondern auch die wichtigsten Medien der Meinungsbeeinflussung. Die Opposition ist schwach und zerstritten.

Und die Mehrheit der Italiener wählt ihn. Dass dies nach einer Erklärung verlangt, scheint Galli della Loggia zu spüren, und er gibt sich einige Mühe, auch in diesem Punkt zu beruhigen. Einerseits führt er Gründe an, die so ähnlich jeder westeuropäische Wahlforscher im Repertoire hat, wenn er die wachsende Politikverdrossenheit und das Abbröckeln von Stammwählerschaften mit der „Modernisierung“ erklärt: Familie, Kirche, Schule verlieren für die Identitätsbildung an Bedeutung, die traditionellen (in Italien z. B. die katholischen oder kommunistischen) Milieus lösen sich auf. Andererseits die spezifischen „Anomalien“ Italiens, bis hin zum Schock der „Mani pulite“. In dieses „Vakuum“ sei Berlusconi gestoßen, der den kleinen Leuten „komplizenhaft zugezwinkert“ und ihr Sicherheitsbedürfnis ernst genommen habe, und ihnen „unermesslich anders, aber doch unheimlich ähnlich“ entgegengetreten sei.

Das klingt plausibel und trifft wohl auch ein Stück Wahrheit. Aber es kann nicht beruhigen. Denn Berlusconi mit seiner „Anomalie“ ist nicht nur das Produkt der Verhältnisse, sondern verändert sie auch, und zwar in eine Richtung, welche die Pathologien des Landes weiter verstärkt. Das demagogisch überhöhte Sicherheitsbedürfnis machte die Lega Nord groß, und das Bündnis Berlusconis mit der Lega hat die Jagd auf jeden, der nach einem „Extracomunitario“ aussieht, freigegeben. Die „kleinen Leute“ bewundern Berlusconis „Furbizia“ beim Aufbau seines Imperiums und im Umgang mit Staat und Gerichten, weil Verantwortungsgefühl für Gemeinschaft und Staat nicht gerade zur kulturellen Tradition des Landes gehört. Ein Berlusconi an der Spitze bestärkt sie darin, und wenn er seine Position nutzt, um bei seiner Selbstverteidigung das gesamte bisherige Institutionengefüge aus den Angeln zu heben, wird dies als „genial“ gefeiert. Galli della Loggia meint, dies sei nicht Ausdruck eines „moralischen Vakuums“, sondern eines „Vakuums der Vorstellungskraft und des sozialen Denkens“. Das ist eine sehr feinsinnige Unterscheidung. Aber auch wenn die Motivlage „nur“ ein Mangel an sozialem Denken ist – eine Ressource, um zur Normalität zurückzukehren, ist es gerade nicht.

Die Transformation Italiens in ein autoritäres Regime lässt sich nur dann stoppen, wenn auch der mühsame Kampf um die Herzen und die Köpfe des Wahlvolks geführt und gewonnen wird. Den italienischen Intellektuellen kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Auf Galli della Loggia, so scheint es, ist dabei nicht zu zählen. Er rät, die „Anomalie“ Berlusconis als „notwendig“ hinzunehmen und stillzuhalten. Das ist die Lage: Beileibe nicht alle, aber einige italienische Intellektuelle sind dabei, sich mit Berlusconi zu arrangieren.